

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1908

197 (25.8.1908)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage.
Abonnementspreis: Das Haus durch Träger zugestellt, monatlich 75 Pfg., vierteljährlich 2.25. In der Expedition und in den Ablagen abgeholt, monatlich 65 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 81.20, durch den Briefträger ins Haus gebracht 81.25 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition:
Luisenstraße 24.
Telefon: 128. — Postzeitungsliste: 3144.
Sprechstunde der Redaktion: 12—1/2 Uhr.
Redaktionschluss: 1/2 10 Uhr vormittags.

Inserate: Die einseitige, kleine Zeile oder deren Raum 20 Pfg. Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vorm. 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachm., aufgegeben sein. Geschäftsstunden der Expedition: Vormittags 7 bis abends 1/2 7 Uhr.

Druck und Verlag
Verlagsgesellschaft & Co., Karlsruhe.

Verantwortlich für den politischen Teil, für Residenz, Letzte Post, Feuilleton und Unterh.-Beilage: A. Weißmann; für den übrigen Inhalt: Herm. Kadel.

Für den Inseratenteil verantwortlich:
Karl Ziegler in Karlsruhe.

Die rechtliche Stellung des Staatsministeriums in Baden.

II.

Für die heutige Zuständigkeit des Staatsministeriums wird letzten Endes das Edikt von 1809 als maßgebend angesehen. Die dort für das Staatsministerium angeführten Aufgaben, soweit sie nicht durch Spezialgesetze gegenstandslos geworden sind, gelten auch heute noch — wie die Änderungen in der Staatsverfassung (natürlich unter Mitwirkung der Stände jetzt), die auswärtigen Angelegenheiten, die Aufstellung des Schulentworfungsplanes, des Rechnungsabchlusses, des Staatsvoranschlags, sowie die Entscheidung in den vor mehrere Ministerien gehörigen Sachen. Walz gibt u. a. auch noch die Prüfung der von den Einzelministerien gegebenen Geschäftsüberichten als Aufgabe des Staatsministeriums an. Dem genannten Edikt nach freilich, aber das kann heute in diesem Belange nicht mehr zutreffen, da die Prüfung der Rechnungen zur Kompetenz der nicht unter dem Staatsministerium stehenden Oberrechnungskammer gehört, und in sonstiger Hinsicht die Chefs der Departements innerhalb ihrer Ressorts, wie mehrfach auch von Regierungsseite im Parlament bekundet, vollständig selbständig sind und für ihre Entscheidungen die volle Verantwortung vor den Ständen tragen.

Gingegen hat die spätere Gesetzgebung dem Staatsministerium noch einige Kompetenzen zugewiesen. Beispielsweise hat für den Fall des Rekurses gegen Entscheidungen von Einzelministerien im Disziplinarverfahren gegen etatmäßig angestellte Beamte das Staatsministerium die Entscheidung; es ist auch die Rekursinstanz in Verwaltungsdingen, bei denen es sich um Beeinträchtigung verfassungsmäßiger Rechte oder um Entscheidungen handelt, die von einem Einzelministerium in erster Instanz erlassen wurden. In neuerer Zeit haben die die Orts-, Wasser-, das Wasserrecht, die Ausführung des Bürgerlichen Gesetzbuchs, die Kirchenfeuern, die Handels- und Landwirtschaftskammern betreffenden Gesetze u. a. dem Staatsministerium eine Reihe von Aufgaben zugewiesen.

Es muß übrigens bemerkt werden, daß in einigen Gesetzen, wie neuerdings im Landwirtschaftskammergesetz von 1906, nur von der obersten Behörde — nicht vom Staatsministerium — gesprochen, dennoch aber — keineswegs angreifbar — angenommen wird, daß darunter das Staatsministerium gemeint sei. Wenn eine und dieselbe Behörde gemeint sein soll, so ist gar nicht zu finden, weshalb die Bezeichnung für sie wechselt, ohne daß aus irgend welcher einwandfreien Gesetzesstelle die Identität ohne weiteres herabgeht. Auch Walz vermag einen Grund nicht zu finden. Und so lange nicht der Gesetzgeber selbst einen Kommentar dazu gibt, ist nicht sicher, daß eine und dieselbe Behörde mit der zweifachen Bezeichnung gemeint ist. Es bleibt einstweilen die Möglichkeit, daß zwei verschiedene Behörden gemeint seien, — das einmal nämlich das Staatsministerium, das andererseits dieses nur dann, wenn es die höchste Behörde darstellt, was, wie wir gesehen haben, nicht immer der Fall war, eventuell aber diejenige Behörde, die höher stehen sollte, als das Staatsministerium. Unter Umständen könnte z. B. der Großherzog in Gemeinschaft mit dem Staatsministerium als solche oberste Behörde angesehen werden, obgleich zu sagen ist, daß der Gesetzgeber vom „Landesherrn“ spricht, wenn er dem Großherzog eine Entscheidung zuweist, die dieser aber wiederum in Konsequenz der Verfassungsnovelle von 1868 nicht ohne Staatsministerium treffen kann.

Im übrigen ist es mit den Beschlüssen und Entscheidungen, wie es tatsächlich gehalten und von Walz für richtig angesehen wird, durchaus nicht zweifelsohne. Es wird dabei immer von der landesherrlichen Verordnung von 1817 ausgegangen, wonach es eigentlich Entscheidungen des Staatsministeriums allein in Baden gar nicht gibt. Alle seine Beschlüsse erscheinen als Entscheidungen des Großherzogs. Die Tätigkeit des Staatsministeriums beschränkt sich danach in allen ihm zugewiesenen Angelegenheiten auf die Vorbereitung der großherzoglichen Entscheidung und auf die Beratung des Monarchen. Lagt der Ministerrat, wie seit 1874 stets, in Abwesenheit des Großherzogs, so wird zwar ein förmlicher Beschluss gefaßt, aber nicht als solcher verkündet, sondern dem Monarchen zur Unterschrift übermittelt, und die Urchrift wird von allen zustimmenden Mitgliedern des Staatsministeriums unterschrieben, während die Ausfertigung neben der Unterschrift des Fürsten die des zuständigen Ressortministers trägt; das Dokument wird überdies an das in Frage kommende Einzelministerium adressiert.

Gegen diese Praxis wird kein Einwand zu erheben sein, soweit es sich um wirkliche Regierungshandlungen des Großherzogs handeln soll. Insofern aber mit der Bezeichnung „oberste Behörde“ in den dieser zugewiesenen Sachen lediglich das Staatsministerium gemeint sein könnte, jedenfalls aber in allen Angelegenheiten, in denen die Entscheidung in letzter Linie dem Staatsministerium ausdrücklich nach Gesetz zugewiesen ist, ist diese Art des Verfahrens keineswegs als rechtlich einwandfrei anzusehen. Da genügt es nicht, daß schließlich diese Akte den Ständen erhalten: „Aus dem großherzoglichen Staatsministerium“. Es kann doch keinen Sinn haben, Handlungen bzw. Entscheidungen im Gesetz ausdrücklich entweder dem Landesherrn oder dem Staatsministerium zuzuweisen, wenn in allen Fällen die Mitwirkung beider Organe vom Gesetzgeber gemollt wäre. So muß mindestens für alle Fälle, in denen der Gesetzgeber ausdrücklich vom Staatsministerium spricht, die jetzt geübte Methode, die Walz zu dem — vermutlich nicht von ihm allein vertretenen — Urteil führt, daß ohne Mitwirkung des Landesherrn getroffene Entscheidungen des Staatsministeriums einer anderen Behörde gegenüber mit obrigkeitlicher Gewalt durchzuführen das Staatsministerium nicht fähig sei, als verfehlt angesehen werden.

Zur Klarstellung dieser Rechtsfrage muß auf die Beweisführung des Professors Walz, dessen Schritt als mehr wie eine Gelegenheitschrift erscheint, hier etwas eingegangen werden. Er erinnert daran, daß das Staatsministerium dem einzelnen Minister gegenüber weder eine vorgelegte noch eine Disziplinarbehörde sei. Das ist nach dem oben mitgeteilten schon richtig, da in jedem Falle, in dem er mit seiner Unterschrift die Ausfertigung deckt, der Ressortminister für den Akt den Ständen gegenüber verantwortlich ist; aber damit ist die Verantwortlichkeit auch der übrigen Ministerkollegen keineswegs ausgeschlossen, insofern nämlich, als sie als Kollegium — d. h. als Staatsministerium — zu wirken berufen sind. Gerade deshalb hat diese Behörde „vollkommen kollegialische Gewalt“, wie in der zweiten Kammer 1846 der Abgeordnete Weller ganz zutreffend erklärte; dagegen spricht auch nicht, daß der Landesherr in den Fällen seiner nach dem Gesetz erforderlichen Entscheidung dazu des Staatsministeriums nicht entraten kann, wie das oben näher ausgeführt ist.

Tatsächlich wird auch die verteidigte Übung nach zwei Richtungen durchbrochen. In den Gesetzesblättern befinden sich nämlich Verordnungen, die wirklich die Unterschrift des Staatsministeriums, nicht des Großherzogs tragen. Das weiß auch Professor Walz, aber er erklärt, das seien Verordnungen aus einer Zeit, in der der Staatsminister — d. h. Präsident des Staatsministeriums — auch eine Ressortverwaltung hatte. Der Einwand ist nicht haltbar, denn einmal ist das Präsidium immer seit 1846 einem Ressortminister übertragen gewesen und sodann ist nicht zu glauben, daß ein Staatsminister, der eine Publikation als Ressortminister erläßt, nicht in diesem Sinne, sondern als „Staatsministerium“ unterschreiben und daß das unwiderprochen bleiben, sich gar einbürgern würde. Walz muß sogar selbst zugeben, daß auf manche Publikation seine Vermutung nicht zutrifft, und da erklärt er sie als „bloße Bekanntmachung rein formaler Art“, ohne sich auf eine Definition dieses Begriffs auch nur versuchsweise einzulassen. Der ganze Widerspruch, in dem sich die Verfechter der jetzigen Praxis befinden, geht schon daraus hervor, daß zugegebenermaßen das Staatsministerium keine den Einzelministerien vorgelegte Behörde ist, daß aber die Urteilserteilung an die Minister als eine sich aus den Edikten von 1809/1817 ergebende Kompetenz des Staatsministeriums erklärt wird. Wenn das letztere richtig ist, dann muß es die erstgenannte Ansicht widerlegen, falls die Urteilserteilung mehr ist, wie ein formaler Akt; wird aber dieses etwa behauptet, so könnte nicht verstanden werden, wie diese Urteilserteilung (Walz zufolge) unter den Gegenständen aufgeführt werden könnte, die trotz Behandlung durch das Staatsministerium zugleich des Großherzogs werden. Und das ist nicht das einzige Beispiel, das sich für den Widerspruch anführen ließe, in dem sich die Verteidiger der jetzigen Praxis bewegen.

Aber wir sahen, diese verteidigte Praxis werde nach zwei Richtungen durchbrochen. Hier nun die andere Richtung. Bei Verleihung von Orden und Ehrenzeichen durch den Großherzog wird von der Gegenzeichnung eines Ministers abgesehen, weil — so wird behauptet — darin keine Regierungshandlung, sondern die Wahrnehmung eines Ehrenrechts des Fürsten liegen soll. Professor Walz aber hält diese Auslegung und Praxis nicht für richtig. Das alles beweist, daß der Krone in Baden noch eine Stellung gegenüber dem Staatsministerium zugewiesen

wird, die mit einem streng konstitutionellen Staatswesen nicht vereinbar ist. Die Verfassung des Staatsministeriums kann nur durch Gesetz in einem konstitutionellen Staatswesen geändert werden. Eine landesherrliche Verfügung kann dazu nicht ausreichen, weil sie nur Gesetzeskraft haben kann, wenn sie — unbeschadet der ministeriellen Gegenzeichnung — in Ausführung einer dem Fürsten zugewiesenen Kompetenz ergeht. Nirgends ist in der Verfassung oder sonst einem Gesetz dieses Recht dem Großherzog in Bezug auf die Organisation des Staatsministeriums gegeben; im Gegenteil ist es bestritten worden, wie wir gesehen haben und die Regierung hatte tatsächlich dem Begehren der Stände durch Vorlegung eines bezüglichen Gesetzentwurfs nachgegeben. Also kann keine der in dieses Gebiet schlagenden landesherrlichen Verordnungen, die nach dem Erscheinen der Verfassung erlassen sind, als Rechtsboden im konstitutionellen Sinne erachtet werden.

Als rechtliche Grundlage des Staatsministeriums können nur die Verfassung bzw. die Verfassungsnovelle von 1868, die ihr folgenden unter Mitwirkung der Stände zustande gekommenen, dem Staatsministerium Kompetenzen zuweisenden oder nehmenden Gesetze und, soweit diese Gesetzgebung nicht ein anderes ergibt, die Edikte von 1809/1817 betrachtet werden. Wie sich dann ergebenden Unklarheiten und Lücken bedürfen zum Ausgleich der Hand des Gesetzgebers.

Deutsche Politik.

Dr. Schüding als Reichstagskandidat.

Die Freisinnigen halten die Persönlichkeit des Summer Bürgermeisters für so zugkräftig, daß sie ihn in Breslau-Angermünde als Kandidaten für die bevorstehende Nachwahl aufstellen wollen. — Ziel zu holen ist dort freilich nicht; den freisinnigen Stimmen bei der Hauptwahl in Höhe von 3710 standen gegenüber 4237 sozialdemokratische und 13266 konservative.

Vom Summer Bürgerkrieg.

Eine Siegesbotschaft glaubte die bloßfreisinnige „Voss-Zeitung“ am Samstag verkünden zu können, indem sie mitteilte, daß der Regierungspräsident in Schleswig, Herr v. Dolega-Rozjerowski einen längeren Urlaub angetreten habe, um eine von ihm beabsichtigte Kur zu beginnen. Die „Voss. Ztg.“ findet diese Nachricht erfreulich, denn Herr v. Dolega war es ja, der das Disziplinarverfahren gegen Schüding einleitete. Herr v. Dolega-Rozjerowski, der Schlachzig in fgl. preussischen Diensten, wird jedenfalls gesund zu seinem Dienst zurückkehren, wenn nicht auf den alten Posten, dann auf einen bessern. Landräte und Regierungspräsidenten fallen in Preußen die Treppe hinauf. Bürgermeister fallen sie hinunter. Während Herr v. Dolega einen standesgemäßen Kurort sucht, wird in seinem Amtsbereich ein neues Disziplinarverfahren gegen einen armen Teufel von Lehrer eröffnet. Der freisinnige Lehrer Rantenkranz in Niebüll hat nicht nur dem Bürgermeister Schüding bei seiner unerlaubten Kandidatur Beihilfe geleistet, sondern er steht auch in dem Verdacht, der Verfasser mehrerer anonymen Zeitungsartikel zu sein, in denen der Bürgermeister von Summ in Schutz genommen wurde. Das Verdienst, den Rantenkranz als Verfasser schlimmer Zeitungsartikel aufgespiert zu haben, kommt dem Herrn Landrat zu, der auch die Vernehmung des Inzulpaten für den kommenden Dienstag in Tondern veranlaßt hat. In westeuropäischen Ländern würde der Versuch, einen Beamten als Verfasser anonymen politischen Artikel aufzuspüren und zu disziplinieren, als ein unerschämter Eingriff in die staatsbürgerliche Freiheit zurückgewiesen werden. Aber für den Bloßfreisinn, dem schon der Fall Schüding höchst unlegen kam und der sich daher bemüht, durch falsche Siegesnachrichten einen würdigen Bloßfrieden vorzubereiten, wird es schwerlich einen Fall Rantenkranz geben. Handelt es sich doch wieder bloß um die Maßregelung eines Lehrers wie in Tönning, Josefomo, Nordhausen, wo kein freisinniger Sohn danach gekräht hat.

Städteverwaltung unter sozialdemokratischem und bürgerlichem Einfluß.

Jedermann erinnert sich noch der Rede gegen die Sozialdemokratie bei den reichsländischen Gemeindevahlen. Der landläufige Vorwurf, der besonders auch in Straßburg erhoben wurde, ging dahin, die — nirgends über die absolute Mehrheit verfügenden — sozialdemokratischen Gemeindevetreter hätten das Gemeindevermögen verschleudert. Der Schwindel hatte in Straßburg den Erfolg, daß eine rein bürgerliche Liste gewählt ward. Nach der Wahl gaben verschiedene angesehene bürgerliche Blätter, darunter die „Frankfurter Zeitung“, „Büricher Zeitung“ u. a. unumwunden zu, daß die sozialdemokratischen Ge-

meinderäte einen sehr heilsamen Einfluß auf die Gemeindeverwaltungen der ekklesiastischen Städte, namentlich in Punkte öffentliche Wohlfahrtspflege, ausgeübt haben und wurde den neuen sozialistischen Gemeindeverwaltungen ein Fortschreiten in diesen sozialistischen Zustapfen empfohlen.

Wie nun der neue Gemeinderat Straßburgs diese Mahnung beherzigt, zeigt folgendes Beispiel: Die zuständige Gemeinderatskommission hat die Kredite für verschiedene dringliche Arbeiten verweigert oder gestrichen. Dadurch mußte das Stadtbauamt neun ständigen Arbeiter kündigung. Von der Straßenreinigung sollen ebenfalls 20-25 Mann entlassen werden. Ebenso sollen in anderen Betrieben Entlassungen bevorstehen. Der Nachdienst der Straßenreinigung, d. h. die Zahl der Asphaltwäcker, wird von 18 auf 12 Mann reduziert. Das Straßenpflügen in den Vororten wird Werktags erheblich eingeschränkt, teilweise ganz aufgehoben. Der Sonntagspflügendienst in den Vororten kommt ebenfalls in Wegfall. Dabei werden jetzt schon einzelne Straßen und Bezirke in den Vororten nur alle Woche oder alle zwei, drei, auch vier und fünf Wochen gereinigt. Sogar in der inneren Stadt gibt es Straßen und Gäßchen, die nur alle zwei, drei, vier Tage oder wöchentlich einmal gründlich gereinigt werden. Und nun sollen diese Betriebe der öffentlichen Gesundheits- und Wohlfahrtspflege noch mehr eingeschränkt werden. So wahr der Straßburger neue bürgerliche Gemeinderat den Ruf der „wunderschönen“ Stadt. Geht es in dem Tempo weiter, so ist Straßburg nach sechs Jahren rein bürgerlicher Herrschaft wieder eben so schmutzig, wie es vor den sechs Jahren sozialistischer Mitarbeit auf dem Rathaus war. Aber noch eine weitere, ernste Seite hat die Geschichte. Sie zeigt, wie eine durch einen kolossalen Wahlschwundel gewählte bürgerliche Gemeindeverwaltung genötigt ist, sich an der Volksgesundheit und der öffentlichen Wohlfahrt zu vergreifen, nur um scheinbar die Wahrheit eben dieses Wahlschwundels, daß nämlich Erbsparnisse zu machen möglich gewesen seien, beweisen zu können. Daß Männer der Wissenschaft wie Professor von Calker, Professor Spahn (der Sohn des Zentrumsführers Spahn), der Schriftsteller Georg Wolf u. a. an diesem Schwundel beteiligt sind, macht denselben nicht weniger gefährlich.

Das Ende der Aktion.

Nach den letzten Reichstagswahlen ist gegen acht agitatorisch tätig gewesene Genossen in Gotha ein Verfahren wegen Verleumdung des Hauptmanns Dominik und des Stationsleiters Geo Schmidt eingeleitet worden. Dieses Verfahren wurde dann auch auf drei Parteiblätter ausgedehnt. Das Verfahren gegen die Gothaer Genossen ist längst eingestellt und nun sind auch die angeklagten Parteiredakteure außer Verfolgung gesetzt worden.

Ausland.

Schweden.

Neuwalms die Offiziere als Straßkehrer. In der südschwedischen Stadt Malmö kann man, wie schon gemeldet, seit einigen Tagen an jedem Morgen junge Offiziere auf allen Straßen an der Arbeit sehen, und zwar — mit dem Besen in der Hand. In Malmö streifen die Gemeindevorarbeiter. So helfen denn die Offiziere aus. Die ganze Stadt lacht darüber, besonders den Arbeitern, die mit der Keckheitsbeileidigung betraut sind, bereitet es Spaß, daß Leutnants der schwedischen Armee ihre Stellvertreter sind. Kein Wunder, daß um 5 Uhr früh die Jugend Malmö auf den Weiden ist, um zu sehen, ob die Offiziere den Besen auch zu führen wissen. Die Abfuhr der menschlichen Exzentrimente, die hier von der Gemeinde täglich aus jedem Haus abgeholt werden — eine etwas primitive Regelung — wird jetzt von einigen Studentlein der Bourgeoisie besorgt und Damen der Bourgeoisie schmücken diese Rotbehälter mit Blumenguirlanden. Hinter diesen Mägen verbirgt sich, wie man sieht, eine außerordentliche Verschärfung der Klassengegenstände: Lieber bekämpfen sie auch hier Dreck mit Rosen, als daß sie Arbeitern, die einen Sympathietreißer führen, mit Verständnis begegnen. . .

Die Mutter.

Sozialer Roman von Maxim Gorki.

Einzig autorisierte Uebersetzung von Adolf Heß.

48) (Nachdruck verb.) (Fortsetzung.) „Weißt du, Njabin schlägt uns vor, eine Zeitung für das Land herauszugeben!“ teilte Pawel mit. „Das müssen wir! . . . Und bald!“ Pawel verzog das Gesicht und sagte: „Es tut mir leid, daß ich nicht mit ihm disputieren konnte!“ Der Kleinrusse rieb sich den Kopf und meinte ruhig: „Wir werden's noch! Spiel' du nur auf deiner Pistole. Wer lustige Weine hat, die nicht am Boden gewachsen sind, der wird nach beiner Musil schon tanzen! Njabin hat recht: wir fühlen keinen Boden unter uns . . . und das brauchen wir auch nicht, weil es ja unsere Aufgabe ist, die Erde aufzurütteln . . . Mitten wir einmal — so reißen sich einige Menschen los, dann noch einmal — so folgen andere!“ Die Mutter lächelte und meinte: „Für dich, Andrej, ist alles einfach!“ „Nun ja!“ sagte der Kleinrusse. „Ist auch ganz einfach!“ Und fügte finstern hinzu: „Gerade wie das Leben!“ Nach einigen Minuten sagte er: „Ich gehe aufs Feld, spazieren . . .“ „Nach dem Pade? Es ist windig, wird dich durchwehen!“ warnte ihn die Mutter. „Das möchte ich gerade!“ antwortete er. „Gib acht, du wirst dich erkälten!“ sagte Pawel freundlich. „Leg dich hin, versuche zu schlafen!“ „Nein, ich gehe!“ Er Heibete sich an und ging schweigend fort. . . „Njabin ist schwer zumute!“ meinte die Mutter seufzend. „Weißt du,“ sagte Pawel zu ihr, „du tust gut daran, daß du ihn duzt.“ „Ich habe gar nicht gemerkt, wie das gekommen ist . . . gang von selbst! Er ist mir so nahe geworden . . . Ich weiß nicht, wie ich das ausdrücken soll!“

Was aber die Verwendung der Offiziere anlangt, so ist das erfreuliche daran, daß die Regierung einseht, daß die gewöhnlichen Soldaten zu solchen Streifbrennerdiensten nicht verwendet werden können. Um in solchen Zeiten den Besen zu führen, dazu ist offenbar Offizierslehre vonnöten. Offiziere als Straßkehrer — das scheinbar furiose Bild beweist nur, wie fest das Offizierkorps in der Klasse wurzelt, der es entstammt.

Zur Budget-Abstimmung.

Zum sozialdemokratischen „Partei-Konflikt“ schreibt Herr v. Gerlach in seinem Wochenblatt:

„Die Hauptsache bleibt die Einigkeit und Geschlossenheit der Sozialdemokratie. Jede Spaltung der Partei in einen vorgeschrittenen süddeutschen und einen rückständigen norddeutschen Teil wäre ein Verhängnis für die innere Entwicklung Deutschlands. Wilde Hoffnungen regen sich bereits bei allen reaktionären Völkerelementen. Von einem „unüberbrückbaren Riß“ träumt die „Freisinnige Zeitung“. Das könnte ihr so passen. Die Reaktion hätte gewonnenes Spiel, wenn die Sozialdemokratie in zwei einander bekämpfende Hälften zerfiel. Die bürgerliche Demokratie steht natürlich mit all ihren Sympathien auf Seiten der Süddeutschen. Aber wichtiger noch als der Erfolg der süddeutschen Politik muß ihr der Wunsch sein, die gewaltige Stohkraft der Sozialdemokratie unbeeinträchtigt erhalten zu sehen. Ohne sie kann die Reaktion nicht nidergerungen werden.“

Wir sind mit diesen Ausführungen, soweit sie sich auf die Mahnung zur Geschlossenheit beziehen ganz einverstanden, wissen aber auch, daß die gutgemeinte Mahnung unnötig ist. Die Sozialdemokratie wird sich nicht spalten, wird die augenblicklichen Differenzen vielmehr genau so gut überwinden, wie frühere zum Teil tiefgehendere Differenzen. Da mögen unsere Gegner nur alle Hoffnungen draußen lassen!

Ueber das Versehen des Genossen Kolb

kann sich die „Leipziger Volkszeitung“ absolut nicht beruhigen. Sie nimmt am Samstag nochmals das Wort, gibt unsere Bemerkungen wieder und fährt dann fort:

Wir sind nicht so harmloser Auffassung, wie der „Volksfreund“ und erbilden in dem „Versehen“ des Genossen Kolb die unterschämteste Freiführung der Öffentlichkeit, die uns je vorgekommen ist und die allerdings außerhalb des Landes der politischen „Minderheiten“ jeden Parlamentarier unmöglich machen würde. Vielleicht tröstet den Genossen Kolb die mütterliche Fürsorge der bürgerlichen „Frankfurter Zeitung“, die nicht genug sein „kleines Mißgeschick“ entschuldigen kann und ihn liebevoll unter ihre Fittiche nimmt.

Genosse Kolb verzichtet gewiß gern auf diese Tröstung, aber andererseits darf daran erinnert werden, daß die „Leipziger Volkszeitung“ in ihrem Jahrtwasser geblieben ist, wenn sie in dieser Weise gegen Kolb vorgeht. Sie hat nämlich, als im Jahre 1902 ein Artikel der „Leipziger Volkszeitung“ von Bebel im Reichstage desabouiert wurde, mit der Reichstagsfraktion nicht besser gemacht. Damals schrieb sie: Was sind uns die 80 sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten?! Sie bleibt sich also immer gleich, die Leipziger Prinzipienwächterin. Schließlich schreibt die „Leipziger Volkszeitung“ noch:

Unsere Versicherung, daß uns die Mitteilung über den Fall Kolb von einer Seite zugeht, die mit der badischen Kammer nichts zu tun hat, glaubt der „Volksfreund“ mit einem: Na, na! anzuweisen zu können. Wir kennen ja seine Gelüste in dieser Hinsicht und hatten diesen Gelüsten mit unserer Bemerkung sofort einen Riegel vorgeschoben, der durch noch so viele: Na na! nicht zerbrochen wird.

Die „Leipziger Volkszeitung“ hat uns recht gut verstanden, aber bekehrt sind wir trotz ihrer Ableugnung nicht. Woher sollte sie denn von dem Versehen des Genossen Kolb Kenntnis haben? Sie wird uns antworten, es gibt doch auch noch andere Parteigenossen in Baden, die von der Sache wußten und uns unterrichten konnten, wie die Mitglieder der badischen sozialdemokratischen Landtagsfraktion. Gewiß, die gibt es oder kann es geben. Aber recht verdächtig ist die folgende Stelle des Berichts der „Leipz. Volksz.“, die wir am Freitag zitiert:

Die Verurteilung durch seine Parlamentarierkollegen nahm der Abg. Kolb mit taubblütigem Lächeln entgegen.

Wer hat dies beobachtet können? Doch gewiß nur ein Landtagsabgeordneter. Von der Zuschauertribüne des badischen Landtages vermag man die sozialdemokratischen Abgeordneten nicht oder nur ungenügend zu sehen. Und gleichwohl soll es kein sozialdemokratischer Landtagsabgeordneter gewesen sein, der die „Leipz. Volksz.“ das Material zu ihrem Artikel lieferte?! Erkläre mir, Graf Derindur.

Der „Mannheimer General-Anzeiger“ hatte vor einigen Tagen die Autorität des in der „Leipziger Volkszeitung“ erschienenen Artikels dem Gen. Adolf Ged in Offenburg zugeschrieben. Ged bestritt nun in einer Zuschrift an das Blatt jenen Artikel geschrieben zu haben.

Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag zu Nürnberg 1908.

V. Jugendorganisation.

Seit etwa drei Jahren entstanden in Deutschland Jugendorganisationen mit ausgesprochen proletarischem Klassencharakter. Diese Jugendorganisationen waren meber von den Parteien noch von den Gewerkschaftsorganisationen gegründet, sondern aus der Initiative einer Anzahl Genossen hervorgegangen. In Norddeutschland mußten sich die Organisationen der arbeitenden Jugend auf Lehrlingschutz und Bildungsbestrebungen beschränken, weil die reaktionäre Vereinsgesetzgebung die Jugendblätter an politischer Betätigung hinderte. In Süddeutschland schloßen sich die Vereine der jungen sozialistischen Garde zu dem „Verbande junger Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands“ zusammen, der dank der freieren Vereinsgesetzgebung Süddeutschlands sich auch mit der Diskussion politischer Fragen beschäftigen konnte. Von Anfang an wurden die Organisationen der Jugend von den Behörden mit Aufmerksamkeit verfolgt. Der Verband junger Arbeiter hatte vielfach Verfolgungen durch Polizei und Gericht zu erleben. Eine im Geiste sozialistischer Weltanschauung geübte Erziehung und Bildung der Jugend ist den herrschenden Klassen verhaßt. So benützten denn die Vertreter der bürgerlichen Parteien in der „liberalen“ Molekelt die Beratung des Reichsvereinsgesetzes, um den jugendlichen Arbeitern die Teilnahme an politischen Vereinen und Versammlungen bis zum 18. Lebensjahre bei Strafe zu verbieten. Ein Verbot, das nicht einmal der Regierungsentwurf enthielt und das erst infolge eines konfessions-nationalliberal-freisinnigen Kompromisses in den Vereinsgesetzentwurf aufgenommen wurde. Auch dieser reaktionäre Anschlag wird ein Schlag ins Wasser sein.

Der Parteivorstand und die Generalkommission der Gewerkschaften haben sich vor und nach Inkrafttreten des Reichsvereinsgesetzes mit der Frage der Organisation der Jugend-erziehung in gemeinsamen Sitzungen beschäftigt.

In der Beratung wurde als notwendig anerkannt, daß sich Partei und Gewerkschaften mehr um die Erziehung der Arbeiterjugend zu kümmern haben, als das bisher geschehen ist. Unsere politischen Gegner sind uns darin weit voraus. Sie marschieren zwar nach Konfessionen getrennt. Gemeinsam ist ihnen aber das Ziel: durch ihre Veranstaltungen die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen gegen den Einfluß der sozialdemokratischen Jugend zu machen. Wenn wir den großen Vorkurs einholen wollen, den unsere Gegner in der Beeinflussung der Arbeiterjugend haben, so gilt es, die Massen der jugendlichen gewerkschaftlich organisierten Eltern für die Frage der Jugend-erziehung zu interessieren. Unter Mitwirkung von Vertretern der Jugendlichen sollen deshalb in den einzelnen Orten die Parteioorganisationen und Gewerkschaften die zur Jugendbildung nötigen Veranstaltungen treffen. Diese Veranstaltungen sollen für die Jugendlichen unentgeltlich und eine besondere Jugendorganisation zu ihrer Durchführung nicht erforderlich sein.

Das Inkrafttreten des Reichsvereinsgesetzes hat dann politische Jugendorganisationen unmöglich gemacht. Der Parteivorstand und die Generalkommission einigten sich auf folgende Resolution, die dem Gewerkschaftskongress vorgelegt wurde:

„Der Kongress hält die Förderung der Bildungsbestrebungen der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen, insbesondere die Einführung in die politische und gewerkschaftliche Tätigkeit, für eine wichtige Aufgabe im Emanzipationskampfe der Arbeiterklasse.“

„Du hast ein gutes Herz, Mama!“ sagte Pawel leise. „Wenns so ist, so freue ich mich! Wenn ich nur dir . . . und euch allen etwas helfen könnte! Wenn ich das nur verstände!“

„Hab' keine Furcht, du wirst es schon verstehen!“ Sie lachte leise und sagte:

„Hab' Dank für dein gutes Wort!“

„Schön, Mama! Wir wollen davon schweigen!“ erwiderte Pawel. „Laß dir sagen: ich liebe dich . . . und danke dir herzlich, aufrichtig!“ . . .

Der Kleinrusse kehrte spät abends müde zurück und legte sich sofort schlafen, nachdem er gesagt:

„Zehn Wert' bin ich wohl gelaufen . . .“

„Hat es genügt?“ fragte Pawel.

„Ich weiß nicht . . . Laß mich, ich will schlafen!“ Und er schwieg.

Etwas später kam Wjessowitschilow zerlumpt, dreckig und unzufrieden wie immer.

„Hast du nicht gehört, wer Jssai toteschlagen hat?“ fragte er Pawel, indem er im Zimmer auf und ab schritt.

„Nein!“ erwiderte Pawel kurz.

„Hat sich also einer gefunden, dem die Sache nicht zuwider war! Und ich hatte immer die Absicht, ihn selbst umzubringen. Das war eine Aufgabe, die für mich sehr gut paßte!“

„Sör auf mit solchen Reden, Nikolai!“ sagte Pawel freundlich.

„Ja, wirklich, was ist das eigentlich!“ fiel die Mutter ein. „Hast du ein so weiches Herz und brüllst dabei immer . . . Wozu das?“

Es war ihr in diesem Augenblick angenehm, Nikolai vor sich zu sehen, und sogar sein podernarbiges Gesicht erschien ihr hübscher. Und er tat ihr leid, wie noch niemals . . .

„Ich taue zu nichts anderem, als zu solchen Dingen!“ sagte Nikolai dumpf, die Achsel zuckend. „Ich überlege und überlege — wo ist eigentlich mein Platz? Ich habe keinen! Man muß mit den Leuten reden, aber ich verstehe das nicht! Ich sehe alles . . . fühle alle Kränkungen der Leute . . . aber sagen kann ich es nicht! Meine Seele ist stumm!“

Er trat zu Pawel, senkte den Kopf, stocherte mit den Fingern auf dem Tisch und rief kindlich stehend, was ihm gut nicht stand:

„Gibt mir doch irgend eine schwere Arbeit, Brüder! Ich kann nicht so ohne jeden Sinn leben . . . Ihr alle seid ganz bei der Arbeit . . . Ich sehe, wie sie zumimmt und habe selbst keinen Teil daran! Fahre Balken und Bretter . . . Wie kann man so leben? Gebt mir doch eine schwere Arbeit!“

Pawel sahte ihn bei der Hand und zog ihn zu sich heran.

„Wir werden dir eine geben!“

Hinter dem Vorschlage hervor tönte die Stimme des Kleinrusen:

„Ich lehre dich sehen, Nikolai, dann arbeitest du als Seher bei uns, bist du damit einverstanden?“

Nikolai trat zu ihm und sagte:

„Lehre es mich, und ich schenke dir dafür dieses Messer.“

„Scher dich zum Teufel mit deinem Messer!“ rief der Kleinrusse und lachte plötzlich auf.

„Ein schönes Messer!“ meinte Nikolai beharrlich. Pawel lachte ebenfalls.

Da blieb Wjessowitschilow mitten im Zimmer stehen und fragte:

„Gibt das auf mich?“

„Nun ja!“ erwiderte der Kleinrusse, indem er vom Tisch aufsprang. „Kommt, laßt uns aufs Feld gehen, spazieren. Eine schöne Mondnacht. Wollen wir gehen?“

„Gut!“ sagte Pawel.

„Auch ich gehe!“ erklärte Nikolai. „Ich hab' es gern, Kleinrusse, wenn du laßt . . .“

„Und ich, wenn du so schöne Geschenke verspricht“, erwiderte der Kleinrusse lachend.

Als er sich in der Küche ankleidete, sagte die Mutter drumm zu ihm:

„Zieh dich warm an . . .“

Und als sie alle drei fortgingen, schaute sie ihnen durchs Fenster nach, blickte dann auf das Heiligenbild und sagte leise:

„Herrgott, hilf ihnen!“ . . .

(Fortsetzung folgt.)

Diese Aufgabe wird erreicht werden durch die Veranstaltung guter Vorträge, die der Erkenntnis der Jugend angeht und vor allem die Gebiete der Naturwissenschaft, Gesundheitspflege, Literatur, Kunst, Technik, Rechtswissenschaft, Volkswirtschaft, Geschichte, Politik und gewerkschaftliche Tätigkeit umfassen. Daneben wird durch Veranstaltungen ernst und auch heiteren Inhalts Unterhaltung und Geselligkeit gepflegt werden können, sowie für Sport und Spiel in den Grenzen der Betätigung zu erwidern sein, daß die Teilnahme hieran nicht zu einer Uebertreibung, zu einer Sportfertigkeit ausartet.

Für diese Zwecke erscheint die Bildung einer besonderen Jugendorganisation nicht erforderlich, vielmehr werden die Gewerkschaften für ihre jungen Mitglieder und Berufstätigen in besonderen Veranstaltungen die Bildung und Erziehung der Jugend im Sinne dieses Programms fördern. Die Teilnahme an den Vorträgen und soweit es möglich ist, auch an den anderen Veranstaltungen, soll den jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen unentgeltlich gewährt werden.

Die Arrangements sind in den einzelnen Orten einer Kommission zu übertragen, die von dem Gewerkschaftsleiter und der Parteiorganisation unter Hinzuziehung einiger Vertreter der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen gebildet wird.

Die wirtschaftliche Interessenvertretung und die Entscheidung über politische Parteifragen bleibt nach wie vor lediglich Aufgabe der gewerkschaftlichen bzw. politischen Organisationen.

Der Gewerkschaftskongress in Hamburg hat, nachdem ein Antrag auf Streichung des Absatzes 3 gegen 16 Stimmen abgelehnt war, diese Resolution einstimmig angenommen. Der gegen die Hamburger Resolution erhobene Vorwurf, daß die Jugendorganisation nicht ausschließlich Sache der Gewerkschaften sein dürfe, entbehrt jeglicher Grundlage. Aus Absatz 5 der Hamburger Resolution geht deutlich hervor, daß Partei und Gewerkschaft der einzelnen Orte durch Beschluß des Gewerkschaftskongresses und des Parteitagess verpflichtet werden sollen, das im Interesse der Jugendbewegung erforderliche zu tun.

Die sozialistische junge Garde Süddeutschlands hat am 3. Mai auf ihrer Darmstädter Generalversammlung die Konsequenzen aus dem „liberalen“ Ausnahmefesetz der Block-Aktion gezogen und mit 47 gegen 5 Stimmen die Auflösung des „Verbandes der jungen Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands“ beschlossen. In Uebereinstimmung mit den jüngsten Parteivorstand und Generalkommission vereinbarten Richtlinien wurde für die Zeit vom Inkrafttreten des Reichsvereinsgesetzes bis zum Nürnberger Parteitag als Provisorium die Bildung örtlicher Komitees für die Jugendorganisation beschlossen.

Statt der Entziehung der Arbeiterjugend, wie sie die Schärfermacher beabsichtigen, werden wir einen kräftigen Aufschwung der Jugendbewegung erleben, wenn Partei und Gewerkschaft allerorts sich der Arbeiterjugend annehmen. Zur Förderung der Bildungsbestrebungen unter der Arbeiterjugend soll der Nürnberger Parteitag die Herausgabe eines Jugendblattes beschließen, wie es einige unserer ausländischen Bruderpartien — wir denken z. B. an den schwedischen „Fram“ — schon besitzen.

Agitation.

Das Berichtsjahr war ein Jahr lebhafter Agitation, in den meisten Bundesstaaten die Wahlrechtsbewegung in lebhaftem Fluß kam. Vor allem im größten Bundesstaate, in Preußen. Auf dem preussischen Parteitag, der vom 21. bis 23. November 1907 in Berlin tagte, beschloß die preussische Gewerkschaft ein Landesorganisationsstatut. Im § 4 des Statuts heißt es: „Die (preussische) Landeskommission und ihr gewerkschaftsführender Ausschuß haben die Parteigeschäfte im Einklang mit dem Parteivorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu erledigen, der zu allen Sitzungen eingeladen ist.“

Demgemäß hatte der Parteivorstand gemeinsam mit dem gewerkschaftsführenden Ausschuß der preussischen Landesorganisation die notwendigen Aktionen für die Wahlrechtsbewegung

Aus den Witzblättern.

„Simplicissimus“.

Russische Sparpartei. „Erzählen, unsere Gefängnisse sind überfüllt, wir müssen sie durch Neubauten erweitern.“ — Nein, nein, die Finanzlage Rußlands erlaubt Sparpartei, schaffen wir in unseren Gefängnissen lieber Platz durch den Strang.“

Schterdingen.

Beschirmt von stolzen Offizieren und künzgemuten Grenadieren Siegt hier das Schiff — staunt und schaut! — Wie eine Wurst im Silbertraut. Der Krieger, dem die Zeit zu lange, Weißt gern nach der Zigarrenlange Beziehungsweise lenkt das Herz, Das sonst so barte, mädchenwärts. Hört ihr ein Knarren bei dem Volke? Seht ihr die gelbe Wetterwolke? Der sachverständige Grenadier Verintestiert sich nicht dafür. Was schreit ihn das zibile Wecken? Er liebt das Rauchen und das Schäkern... Radumm—dimitsch—bum—bum... Ein Schrei! Mit Rummo Wieze ist's vorbei. — Woju Tumulte und Kritiken? Wir haben ja... „des Schicksals Tüden“! Versprach sich etwa wer was Mehr's Bei dem Debüt des Militärs? Ratatschtr.

Nicht nur Graf Zeppelin hat Freude über die Nationalbank empfunden, auch der sorgengewohnte Herr von Schadow hat bei diesem Anlaß einen Strahl der Hoffnung leuchten sehen. Er ist entschlossen, nun seinerseits eine Subskriptionsliste aufzusetzen, um so auf rasche Weise das Schuldenkonto des Deutschen Reiches zu löschen. Wir sind vom Erfolg überzeugt.

In einer Eingangsliste, welche anlässlich der Nationalbank für den Grafen Zeppelin in einer Freiburger Sammelhefte aufgelegt war, fand sich unter anderem auch folgende Eingangsliste: „Wilhelm Stangenhalter 1 Mark“.

und die Wahlbewegung in Preußen einzuleiten. Die Agitation für die Eroberung des allgemeinen, direkten und geheimen Wahlrechts begann im November v. J. Im Frühjahr wurde sie durch die Landtagsagitation abgelöst, die sich bis zum Ende des Berichtsjahres hinzog. Neben der Agitation in Versammlungen, über die im Kapitel: Wahlrechtsbewegung eingehend berichtet ist, wurden zur preussischen Wahlrechtsbewegung drei Musterflugblätter verfaßt. Die „Partei-Korrespondenz“ widmete mehrere Nummern der preussischen Wahlrechtsfrage. Als Material für die Redner wurden im November v. J. 1500 Sonderabdrücke aus dem Landtagswahlhandbuch verfaßt, die dessen Kapitel über die Wahlrechtsfrage enthielten. An Broschüren wurden neubearbeitet: „Die preussischen Landtagswahlen“ von Leo Arons und: „Gegen Volksverdummung, Volksnebelung und Volksausbeutung“, „Eine Schilderung der volksfeindlichen Politik des preussischen Dreiklassenparlamentes“. Hinzukam ein Wahlrechtskatechismus, von Genossen Gähre geschrieben. Die Verhandlungen des Parteitages über die sozialdemokratische Wahlrechtsinterpellation vom 22. Januar und die Verhandlungen des preussischen Abgeordnetenhauses vom 10. Januar wurden nach dem amtlichen Stenogramm als Broschüren herausgegeben. Das preussische Landtagswahlhandbuch wurde neubearbeitet und wuchs zu einem Bande von 506 Seiten an. Für die Wahlbewegung wurden fünf Musterflugblätter herausgegeben, die auf Wunsch auch illustriert bezogen werden konnten. Soweit nicht von den Agitationsleitungen der Bezirksverbände besondere Flugblätter für die Bezirke ausgearbeitet wurden, sind nach diesen Mustern in den Druckereien der Bezirke Flugblätter hergestellt worden. Der Gewerkschaftsdruck wurde im Dezember ein die Wahlrechtsfrage betreffendes Flugblatt beigelegt. Ferner wurden im Auftrage des Parteivorstandes drei Artikel über die Wahlrechtsfrage und sechs Artikel über die Bedeutung der Landtagswahlen abgefaßt und der Gewerkschaftsdrucke als Gratis-Manuskript zur Verfügung gestellt. Wir können erfreulicherweise konstatieren, daß diese Artikel zahlreich Verwendung fanden.

Gegen den Entwurf des Reichsvereinsgesetzes haben Parteivorstand und Generalkommission die Agitation gemeinsam eingeleitet. Die Parteiorganisationen wurden aufgefordert, mit den Gewerkschaftsvereinen ihres Ortes sich zwecks Einberufung gemeinsamer Protestversammlungen in Verbindung zu setzen. Die Agitation setzte besonders in Süddeutschland, für das der Entwurf der „liberalen“ Block-Aktion bedeutende Verschlechterungen brachte und in den gemischtsprachigen Gegenden lebhaft ein. An die Redner wurde Material in Form einer Broschüre verfaßt, die Auszüge aus den Reichstagsreden der Genossen Heine und Legien enthielt. Dieses Material wurde den Rednern unentgeltlich geliefert.

Nach Schluß der Reichstagsession wurde ein Flugblatt über die Tätigkeit des Reichstages herausgegeben.

Von der im vorjährigen Bericht angekündigten Serie sozialdemokratischer Flugblätter sind bisher vier Nummern erschienen. Vier weitere Nummern behandeln die Stellung der Sozialdemokratie zur Arbeiterversicherung, zur Volks-erziehung, zu den Gemeindefragen und zu den technischen Angelegenheiten. Die Broschüren kosten im Einzelverkauf 10 Pf. und werden zur Massenverbreitung zum Selbstkostenpreis abgegeben. Auf Ersuchen wurden an einige Bezirke 17 700 Exemplare dieser Flugblätter gratis abgegeben.

Die Kosten für die Agitationskalender wurden wieder für einige Bezirke ganz oder zum Teil von uns getragen, so u. a. für Ost- und Westpreußen, Pommern, Mecklenburg, Posen, Schlesien, Hessen-Nassau, Rheinprovinz, Ueber die finanziellen Beihilfen, die an die Agitationsbezirke gewährt wurden, gibt der Massenbericht Auskunft.

Nach Schluß der Reichstagsession haben wir die derzeitigen und früheren Abgeordneten angefragt, inwiefern sie sich zur mündlichen Agitation zur Verfügung stellen wollten. Es erklärten sich 14 Genossen zu längeren Touren in verschiedenen Bezirken bereit.

Gegen den Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie gaben wir ein Flugblatt heraus, das die Methode der Reichsverbandstammpresse kennzeichnet. Den Lügen, welche über die sozialdemokratische Partei und ihre Führer bei den Wahlen immer wieder aufgewirrt werden, haben wir in dem Handbuch: „Wahlplügen der bürgerlichen Parteien“ eine eingehende übersichtlich geordnete Widerlegung gewidmet. Als Anleitung zum Erwerb des für die Agitations-tätigkeit nötigen Wissens gaben wir den vom Genossen David bearbeiteten „Referentenführer“ heraus, der bereits in dritter Auflage erschien. Die „Wahlplügen“ und der „Referentenführer“ wurden für die Referenten an die Organisationen zum Selbstkostenpreise abgegeben. Die angekündigte Zusammenstellung der seit Bestehen des Reichstages von der sozialdemokratischen Fraktion dort eingebrachten Anträge konnte immer noch nicht in Druck gegeben werden. Die Zahl der selbständigen Anträge und die Zahl der zu den Regierungsvorlagen eingebrachten Amendements ist infolge der 40-jährigen positiven Arbeit der Fraktion so groß, daß ihre übersichtliche Zusammenstellung nicht den auf die betreffenden Gesetze bezüglichen Hinweise über den Rahmen eines starken Bandes hinausgehen wird. Gegenüber haben wir die auf den internationalen Kongressen und deutschen Parteitagen seit 1889 gefaßten Beschlüsse gesammelt und werden sie unter Hinzufügung der Nürnberger Beschlüsse nach dem Parteitag im Druck erscheinen lassen.

Zur Agitation unter der polnisch sprechenden Arbeiterbevölkerung hat der Verlag der „Gazeta Robotnicza“ in Katowitz eine Serie Agitationsbroschüren herausgegeben, deren Verbreitung in allen den Gegenden angebracht ist, in denen es gilt, die polnischen Arbeiter für den Sozialismus zu gewinnen.

Badische Politik.

Die fürstliche Ohrreife mit 5000 Mk. geföhnt.

Aus Donaueschingen kommt die folgende seltsame Nachricht: Der Fürst von Fürstenberg hat in Genehmigung darüber, daß sein Zusammenstoß mit dem Kommandanten der Triberger Feuerwehr eine gültige Erledigung fand, für die Abgebrannten in Donaueschingen weitere 5000 Mk. gespendet.

Auch in Baden angebracht.

Ein preussischer Landrat, v. Achenbach in Tellow, hat über den Verkehr von Polizei und Publikum eine Verfügung erlassen, worin es heißt: In der letzten Zeit mehrten sich die Beschwerden darüber, daß Privatpersonen in unbedeutenden Angelegenheiten persönlich auf das Polizeiamt geladen werden, obwohl die Sachen ebenjotig schriftlich oder durch Vermittlung von Polizeibeamten hätten erledigt werden können. Menschen, die ihrem Gewerbe nachgehen, müssen ein solches

Verfahren als eine außerordentliche Rücksichtslosigkeit empfinden. Ich ersuche deshalb, darüber zu wachen, daß Privatpersonen nur dann vorgeladen werden, wenn es sich um wirkliche Vernehmungen oder Aufklärungen handelt, zu denen notwendige eine persönliche Aussprache erforderlich ist. Im übrigen habe das Publikum ein Recht darauf, im Polizeibureau zuvorkommend behandelt zu werden. Aufgabe der Bureau- und Polizeibeamten sei es, das Verständnis für die polizeilichen Erfordernisse zu wecken und nicht über das Unverständnis zu richten. Im schriftlichen Verkehr mit dem Publikum vermisse er häufig die Rücksichtnahme auf die Person. Ein Anteil Schuld falle auf die formularmäßige Abfassung häufig wiederkehrender Schriftsätze. Auf den kategorischen Ton polizeilicher Mitteilungen und Aufforderungen könne in den meisten Fällen verzichtet werden, ohne daß hierdurch die Autorität in geringster Weise beeinträchtigt werde.

Die Zettelleberei am Bodensee.

mit der man gollamlich alles Gepäd der Dampfsschiffreißenden unerbitlich verfolgt, mögen sie auch bloß von Konstanz nach Meersburg fahren, wird in der Theorie allgemein als überflüssig lächerlich anerkannt, in der Praxis aber geschieht nichts dagegen. Darauf beruht auch eine Einsetzung in der „Straßburger Post“, die daran erinnert, daß laut „Konstanzer Zeitung“ im Januar ds. J. auf Einladung der badischen Zollverwaltung eine Konferenz der beteiligten Verwaltungen stattfand und daß ferner am 11. April ds. J. in der 2. badischen Kammer auf eine Beschwerde des Abg. Benedek Zolldirektor Seubert erwiderte: Die Abfertigung auf dem Bodensee bildet seit geraumer Zeit den Gegenstand unserer besonderen Fürsorge. Was der Herr Abgeordnete über die Unzeitgemäßheit der jetzigen Art der Abfertigung gesagt hat, wird von uns als berechtigt anerkannt. Seit vorigem Sommer (also seit 1907!) sind wir infolge dessen damit befaßt, eine den heutigen Verhältnissen entsprechende, einfache, erleichterte Abfertigungsweise einzuführen auf der Grundlage, daß der ganze Verkehr zwischen den deutschen Bodenseestationen behandelt wird wie ein Verkehr innerhalb Deutschlands, daß er also von Zollvorschriften künftig durchaus nicht mehr beengt oder belästigt wird. Allerdings kann die badische Zollverwaltung diese Aenderung nicht gut allein für den ganzen See einführen. Wir sind deshalb seit Monaten mit den anderen Bodensee-Verwaltungsinstituten in Verhandlung. Es haben darüber wiederholt Konferenzen stattgefunden; die Verhältnisse liegen anderwärts nicht ganz so einfach, daß man unseren Vorschlägen ohne weiteres hätte zustimmen können. Ich hoffe aber bestimmt, daß noch für den Hauptteil des Reiseverkehrs des laufenden Jahres die von uns ernstlich angestrebte Verbesserung zur Durchführung gelangen kann. — Also seit dem Sommer vorigen Jahres unterhandelt man darüber, ob die Bezeichnung, deren Zwecklosigkeit völlig zugegeben wird, nicht abzuschaffen sei! Waden geht auch in dieser Frage erfreulicherweise voran. Geschehen ist aber in dieser Sache bisher nichts, es wird lustig weiter geklebt und die Geheimräte der Bodensee-Verwaltung „erwägen“ weiter.

Vom badischen Frauenverein.

Wie der Jahresbericht ausweist, hat der badische Frauenverein auch im Jahre 1907 eine vielseitige Tätigkeit entfaltet. Zu den Vereinigungen, zu denen der Verein in Beziehungen steht, ist im letzten Jahre die Zentralfürsorge für Volkswohlfahrt in Berlin hinzugekommen. Die Abteilung II hat ein Institut zur Ausbildung für Mädchen und Frauen als Pflegerinnen und Erzieherinnen kleiner Kinder errichtet. In 686 Gemeinden des Landes bestehen jetzt Tuberkuloseauschüsse, die 1907 von etwa 1900 Personen in Anspruch genommen wurden. Die Tätigkeit der Abteilung für Säuglingsfürsorge war von Erfolg begleitet, indem die Kindersterblichkeit zurückging. Im Solbad Dürrenheim wurden 558 Kinder verpflegt, wovon 43 aus Elsaß-Lothringen und Württemberg stammen. Das Defizit des Ludwig-Wilhelm-Krankenheims von 43 885 Mk. wurde von der Großherzogin gedeckt. Die Abteilung III für Krankenpflege verfaß 77 Pflegestationen mit 19 Oberinnen und 546 Schwestern. Die Unterabteilung für Landkrankenpflege verfügte über 136 Pflegestationen. Das Spinnen bürgert sich in der Bevölkerung wieder mehr und mehr ein. Dank der zahlreichen Geldbeihilfen hat das Reinvermögen des Vereins eine Zunahme von 48 000 Mk. erfahren. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Jahres 75 305, also 3732 mehr als im Vorjahre.

Neues Parteiorgan. Seit gestern erscheint im Verlage von Heinrich Schatz die demokratische „Neue Konstanzer Abendzeitung“. Die Redaktion hat der Schriftsteller Hermann Stegmann übernommen.

Ueber den Esperantisten-Kongreß.

der jüngst in Dresden tagte, schrieb Gen. Reus zur Zeit, als der Kongreß verammelt war: Der Dresdener Esperantisten-Kongreß ist der glänzendste Beweis für die Möglichkeit der internationalen Sprache. Die Verhandlungen des Kongresses werden ohne jede Schwierigkeit in Esperanto geführt, einzelne haben auch die Fähigkeit, als glänzende Redner mit energischem Gebanenausdruck aufzutreten, während andere, die wohl auch in ihrer Muttersprache kein besonderes rednerisches Auftreten haben, schüchtern reden. Auf den Straßen, in den Lokalen, in den Cafés zumal wird zwischen allen Kongreßbesuchern, so verschiedenen Nationen sie auch angehören mögen, die lebhafteste Unterhaltung geführt, was bei den anderen Gästen ein gewisses freudiges Staunen auslöst. Ja, man könnte Zeuge sein, wie im Kaiser-Café am Hauptbahnhof eine Debatte von größter Festigkeit geführt wurde, in der der Hauptkämpfer unser throler Parteigenosse Rob. Auerbach, ein Gutsbesitzer, war, der mit Feuer und Leidenschaft für Ilo, das Reform-Esperanto, eintrat. Es war eine Lust, diesen Nebekampf als Beweis der Möglichkeit der Weltsprache mitanzuhören. Wie die Sprache gefungen werden kann, das zeigte sich in einem von Orgelklang begleiteten wunderbaren Konzert in der Kathedrale von Meissen, das unter der Mitwirkung von Opersängerinnen und einem Meissener Gesangverein die an die italienische Sprache anknüpfende Melodiosität der Weltsprache prächtig in die Erscheinung treten ließ. Ein überaus glänzender Erfolg war aber die Aufführung von Goethes „Iphigenie auf Tauris“ in der Esperantosprache. Alle Teilnehmer an derselben erklärten, nie in ihrem Leben so weisvolle Stunden verlebt zu haben, als bei der überaus glanzvollen Wiedergabe des Goetheischen Meisterwerkes durch Emanuel Reichert und sein Ensemble vor einer aus fast 40 Nationen der Welt sich zusammensetzenden Zuschauerenschaft. Die Weltsprache geht ihren Siegeslauf unaufhaltsam fort. Mit Recht konnte Genosse Reus in einer Dresdener Volksversammlung, in der er vor 500 Menschen über die Weltsprache sprach, den Erschienenen zurufen, es

sei an der Zeit, daß auch sie als Arbeiter und Sozialdemokraten die Weltsprache erlernen, jeder Tag des Wartens bedeute die Hemmung eines unanzweifelbaren Kulturfortschrittes, dessen Möglichkeit jetzt in Dresden deutlich vor aller Augen liege.

Der Verband deutscher Esperantisten (Mitglieder zurzeit in circa 125 Orten Deutschlands) bittet uns mitzuteilen, daß er seine bisherige Geschäftsstelle in Leipzig, Carolinstraße 12 in eine Esperanto-Auskunftsstelle umgewandelt hat.

10. Verbandstag der Schneider und Schneiderinnen Deutschlands.

Frankfurt a. M., 21. Aug. Fünfter Verhandlungstag. Im Bekleidungsamt in Kiel mühten die Arbeiter vor Einstellung ein ärztliches Attest nicht nur für ihre Person, sondern auch für ihre Frau und Kinder vorlegen.

„Bzüglich der von Reich, Staat und Gemeinde zu vergebenden Arbeiten ist der Verbandstag der Anschauung, daß es Pflicht der Behörden ist, diese Arbeiten in eigenen, allen hygienischen und technischen Anforderungen entsprechenden Werkstätten, unter Einhaltung der am Orte bestehenden Tarifverträge und Gewährleistung voller Koalitionsfreiheit, anfertigen zu lassen.“

Von einem Bericht vom Gewerkschaftskongreß wurde abgesehen und gegen 4 Stimmen folgende Resolution angenommen:

„Der Verbandstag erklärt sich mit den auf dem 6. Gewerkschaftskongreß gefaßten Beschlüssen einverstanden.“

Zum Punkt: Internationale Schneiderkonferenz, die am nächsten Montag in Frankfurt a. M. beginnt, hält Stühmer, Berlin ein kurzes Referat. Er schildert die internationalen Beziehungen, die durch die Konferenz noch weiter ausgebaut werden sollen.

Schermeyer, Kiel begründet den Antrag, daß auf der Konferenz darauf hingearbeitet werden soll, das Unterstufenswesen in den dem internationalen Sekretariat angeschlossenen Bruderorganisationen einheitlich zu gestalten.

Dann erstattet Kunze, Berlin den Bericht der Statutenberatungskommission. Nach dem Vorschlag dieser Kommission stimmt der Verbandstag u. a. folgenden Anträgen zu: „Der Uebertritt der Mitglieder anderer Organisationen kann unter Anrechnung der geleisteten Beiträge erfolgen.“

Der Bericht wird dann abgebrochen und die Beratungen verlagert.

Aus der Partei.

Münberger Parteitag. In Frankfurt a. M. erhielt bei der Delegiertenwahl Gen. Quard 615, die Genossen Rudolph und Heuel 218 und 212 Stimmen. Zwischen den beiden letzten Genossen findet Stichwahl statt.

Der Kampf um die Jugend. Die freien Jugendorganisationen und das Bestreben der Klassenbewußten Arbeiterschaft, sich mehr als bisher um die Aufklärung und politische Erziehung der Jugend zu kümmern, hat den Gegnern einen nicht gelinden Schrecken eingejagt.

Donaueschingen.

Anknüpfend an die Artikel in Nr. 191 und 193 unserer Zeitung, „unfoulante Schadenregulierungen“ betreffend, sind wir in der Lage, heute Näheres zu berichten. Unsere weiteren Ermittlungen haben ergeben, daß die gegen die Badische Feuerversicherungs-Vant erhobenen Verbindlichkeiten der tatsächlichen Grundlage entsprechen.

regulierungen deshalb in die Presse gelangt, weil sich die wenigsten über die rechtliche Grundlage des Versicherungsvertrages genügend klar sind. Die Gesellschaft ist nämlich keineswegs vertraglich verpflichtet, ohne weiteres die Versicherungssumme, die in der Police als Maximalgrenze genannt ist, voll auszusahlen, sondern nur den Schaden zu decken, der im Verhältnis zum derzeitigen Wert der verbrannten oder beschädigten Gegenstände steht.

Die konstituierende Versammlung der Baugenossenschaft fand am Sonntag Nachmittag im Gasthaus zur „Post“ statt. Es sind 118 Anteile bis jetzt gezeichnet. Die Satzungen wurden von der Versammlung genehmigt. In den Vorstand wurden Herr Dr. Feuerstein, Sekretär Wirth und Vorarbeiter Sun und in den Aufsichtsrat 12 Personen gewählt, darunter auch Gen. Bernauer.

Badische Chronik.

Durlach.

Die Sprechstunde des Arbeitersekretärs findet auch diese Woche nicht am Mittwoch, sondern erst am Samstag statt.

Ortskrankenkasse. Durch Bezirksratsbeschuß ist nunmehr für den Bereich der Ortskrankenkasse Durlach, d. h. für die Orte Durlach, Aue, Wolfartsweier und Grödingen die Krankenversicherungspflicht auch der ohne Lohn beschäftigten Gesellen, Gehilfen und Lehrlingen statutarisch festgelegt worden.

Erlingen.

Für die verunglückten Maurer haben wir eine weitere Sammelstelle bei Genosse G. Leppert, Friedrichstraße 2 in Erlingen errichtet. Wir erwarten, daß die Arbeiter ihr Möglichstes tun, um den in Not geratenen Familien möglichst rasch Hilfe zu bringen.

Freiburg.

Die Lage der Steinhauer in Freiburg. Wie bekannt, wurde von Seiten der Freiburger Unternehmer der Tarif gekündigt. Ein neuer Tarif konnte bis jetzt noch nicht abgeschlossen werden.

Die Arbeiter der Steinhauer sind in der Lage, größere Summen zu spenden, macht eine möglichst große Beteiligung notwendig, um eine entsprechend hohe Summe verteilen zu können.

Die Lage der Steinhauer in Freiburg. Wie bekannt, wurde von Seiten der Freiburger Unternehmer der Tarif gekündigt. Ein neuer Tarif konnte bis jetzt noch nicht abgeschlossen werden.

Die Arbeiter der Steinhauer sind in der Lage, größere Summen zu spenden, macht eine möglichst große Beteiligung notwendig, um eine entsprechend hohe Summe verteilen zu können.

Die Arbeiter der Steinhauer sind in der Lage, größere Summen zu spenden, macht eine möglichst große Beteiligung notwendig, um eine entsprechend hohe Summe verteilen zu können.

Die Arbeiter der Steinhauer sind in der Lage, größere Summen zu spenden, macht eine möglichst große Beteiligung notwendig, um eine entsprechend hohe Summe verteilen zu können.

Die Arbeiter der Steinhauer sind in der Lage, größere Summen zu spenden, macht eine möglichst große Beteiligung notwendig, um eine entsprechend hohe Summe verteilen zu können.

Die Arbeiter der Steinhauer sind in der Lage, größere Summen zu spenden, macht eine möglichst große Beteiligung notwendig, um eine entsprechend hohe Summe verteilen zu können.

Die Arbeiter der Steinhauer sind in der Lage, größere Summen zu spenden, macht eine möglichst große Beteiligung notwendig, um eine entsprechend hohe Summe verteilen zu können.

Die Arbeiter der Steinhauer sind in der Lage, größere Summen zu spenden, macht eine möglichst große Beteiligung notwendig, um eine entsprechend hohe Summe verteilen zu können.

Die Arbeiter der Steinhauer sind in der Lage, größere Summen zu spenden, macht eine möglichst große Beteiligung notwendig, um eine entsprechend hohe Summe verteilen zu können.

Die Arbeiter der Steinhauer sind in der Lage, größere Summen zu spenden, macht eine möglichst große Beteiligung notwendig, um eine entsprechend hohe Summe verteilen zu können.

Die Arbeiter der Steinhauer sind in der Lage, größere Summen zu spenden, macht eine möglichst große Beteiligung notwendig, um eine entsprechend hohe Summe verteilen zu können.

Die Arbeiter der Steinhauer sind in der Lage, größere Summen zu spenden, macht eine möglichst große Beteiligung notwendig, um eine entsprechend hohe Summe verteilen zu können.

Die Arbeiter der Steinhauer sind in der Lage, größere Summen zu spenden, macht eine möglichst große Beteiligung notwendig, um eine entsprechend hohe Summe verteilen zu können.

Die Arbeiter der Steinhauer sind in der Lage, größere Summen zu spenden, macht eine möglichst große Beteiligung notwendig, um eine entsprechend hohe Summe verteilen zu können.

Es wäre doch einmal Sache der kleinen Geschäftsleute, sich mehr um diese Dinge zu kümmern. Wenn man sich durch die Straßen bewegt, und sieht, wie die fertigen Arbeiten von auswärts kommen, während die hiesigen Arbeiter zusehen können, so ist das traurig. Die Geschäftsleute jammern immer, daß die Geschäfte nicht gehen, aber wo dies herkommt, darum kümmern sie sich nicht.

Die Geschäftsleute jammern immer, daß die Geschäfte nicht gehen, aber wo dies herkommt, darum kümmern sie sich nicht. So ist es auch bei den anderen Berufen. Aber auch die Stadtverwaltung mühte sich mit der Frage mehr beschäftigten. Sie muß doch einmal auf den Standpunkt kommen, daß Leute, welche die städtische Umlage bezahlen, zuerst Anspruch auf Beschäftigung haben.

Furtwangen.

Feuer. Am Sonntag Abend gegen 12 Uhr brach in der Grieshaberischen Kunstmühle Feuer aus, welches durch den starken Wind rasch um sich griff, so daß das Anwesen vollständig niederbrannte. Dem einige Stunden vorher eingetretenden Regen war es zu verdanken, daß dem wilden Element nicht noch mehr Opfer gebracht werden mußten, sonst hätten wir ein zweites Donaueschingen erleben können.

Waldshut.

Falsche Fünfmarkstücke sind im Besterwald in großer Anzahl in Kurs gesetzt worden. Die Fälschate sind gut nachgeahmt, aber dunkler gefärbt, fühlen sich fettig an und tragen das Bildnis des Königs Otto von Bayern, das Münzzeichen D und die Jahreszahl 1904.

Mestkirch, 21. Aug. Glück im Unglück hatte der 20jährige Malergehilfe Knittel, der bei Malermeister Vogler hier beschäftigt ist. Er war damit beschäftigt, an dem Petroleumwagen des Herrn Kaufmann Orth die alte Farbe hinweg zu brennen und benützte dazu eine Benzin- oder Spirituslampe. Auf einmal gab es einen Knall, das Erdöl, circa 20 Liter, explodierte und der Dedel des Fasses wurde in den nebenan stehenden Bach geworfen. R. erlitt, was noch Glück genannt werden kann, schwere Brandwunden, die doch nicht lebensgefährlicher Natur sind.

Wegener, 24. Aug. Wegen n e r s c h l a g u n g wurde der Gemeinderatner Willmann verhaftet und in das Amtsgefängnis in Neustadt eingeliefert.

Kirchheim bei Heidelberg, 24. Aug. Von einem Fuhrwerk überfahren und tödlich verletzt wurde der 26 Jahre alte Jakob Rimpler, Sohn des Feldschützen.

Mannheim, 24. Aug. Der Dieb in der Wadegaß. Seit einiger Zeit machte ein Dieb die hiesigen Rheinbadeanstalten unsicher. Im Verdacht stand ein junger Mann, der sich immer längere Zeit in den Anstalten aufhielt, aber immer nur wenige Minuten badete. Die Bademeister legten ihm nun eine Falle. Sie veranlaßten einen Badegast, sich als ortsunkundigen Fremden aufzuspielen und ein Portemonnaie mit gezeichnetem Geld mit in seine Kabine zu nehmen. Der Dieb ging richtig auf den Leim. In seinem Besitz befanden sich außer einem gestohlenen Brillantring noch drei weitere kürzlich gestohlene Ringe. Es ist ein stellenloser Kommis aus Loslau (Schlesien).

Selbstmorde. Erhängt hat sich ein 55 Jahre alter brewittever Schuhmacher von Dross. Auf einer Bank im Friedrichspark erschoß sich gestern ein 52 Jahre alter, von seiner Ehefrau getrennt lebender Küfer von Erdmannshausen.

Abgestürzt. Wie aus Oberstdorf im Allgäu berichtet wird, wurde gestern der seit mehreren Tagen ermüdete Chemiker Dr. Hermannsdorfer aus Mannheim tot aufgefunden. Hermannsdorfer hatte sich im Nebel verirrt und ist dann über die Seelwand im Dytal abgestürzt.

Der Raubmörder v. Janzon

hat in Genf, wo er verhaftet wurde, ein Geständnis abgelegt. Das Fährchen, das der Mörder, als er von Griesbach nach dem Glaswaldbach ging, am Güte trug, wurde im Walde aufgefunden. Der Mörder hatte das Fährchen nach Verübung der Tat vom Güte abgenommen; es paßt genau auf den Strohhut, dessen er sich bekanntlich bei einem Griesbacher Kaufmann entledigte um ihn mit einem steifen Filzhut zu vertauschen.

Neues vom Tage.

Große Unterschlagung.

Frankfurt a. M., 24. Aug. An der hiesigen Mitteldeutschen Kreditbank hat der 40jährige Kuponsaffierer Ludwig Goltermann, der Schwiegerjohn eines Hofrats Fink und Neutlingen, 500 000 Mk. unterschlagen und an der Lombardstraße verpekuliert. Er wußte die Fälschungen in den Büchern nach den Revisionen in raffinierter Weise auszuführen. Goltermann genutzte ein großes Vertrauen, da er schon 24 Jahre an der Bank angestellt war. Goltermann befand sich gerade in Urlaub in Neutlingen, wohin ihm ein hiesiger Privatbeteiligter nachgefolgt worden war. Goltermann trat mit diesem in Begleitung seines fünfjährigen Töchterchens sofort die Rückreise an. In Heidelberg gestand Goltermann dem Detektiv die Unterschlagung ein. Er begab sich dann ins Kloster des Rupeser und erschloß sich.

Die Bank hofft, in diesem Jahre einen großen Kontrakt zu gewinnen zu erzielen und dadurch den Verlust decken zu können. Aus Heidelberg wird berichtet, daß Goltermann sich zunächst Bruchsal und Heidelberg in dem Zug erschossen hat. Der Weg wurde ausgeräumt und die Leiche ins Heidelberger Anatomisches Krankenhaus verbracht.

Unwetter.

In der Nacht von Freitag auf Samstag ging ein heftiges Unwetter, das im Taunus, im südlichen Odenwald, in Saarlautern und im Saarthal großen Schäden anrichtete, nieder.

Der Dr. ...

Zu der ...

Ludwig ...

Krosse ...

Unter ...

Der ...

In der ...

Das ...

Die ...

Der ...

Der Hauptmann von Köpenick in Wien.

Dresden, 24. Aug. Am Samstag Abend 10 Uhr traf Wilhelm Boigt, der Hauptmann von Köpenick, in Begleitung...

Ein schändliches Verbrechen.

Zu der unter dieser Ueberschrift gebrachten Mitteilung wird jetzt aus Straßburg gemeldet: Wegen der von der Agence...

Ludwigshafen, 24. Aug. In der Station Weidental wurde der 63 Jahre alte Kottenarbeiter Laubacher von einem Zuge...

Würzburg, 24. Aug. Wie der Würzburger „General-Anzeiger“ meldet, wurde heute Mittag im Keller des hiesigen...

Paris, 25. Aug. In Bad Evian stürzte gestern eine im Bau begriffene Automobil-Garage ein, wobei sieben Arbeiter getötet...

Marseille, 25. Aug. Der Italiener Tasso, Direktor einer Eisenerzbergbau-Gesellschaft erkrankte eine 60jährige Frau, welcher...

Petersburg, 24. Aug. In Jarizhn im Gouvernement Wolga nimmt die Cholera einen immer größeren Umfang an. Täglich...

Grosse Feuersbrunst in Konstantinopel.

Am Sonntag wütete eine große Feuersbrunst im Stadtteil Eumbul. Das ganze Stadtviertel zwischen der Moschee Sultan...

6000 Gebäude.

Darunter zahlreiche Bazare, Kaufhäuser und Moscheen, sind ein-geäschert. Mehrere hundert Familien sind obdachlos. Einige...

Hus der Residenz.

Karlsruhe, 25. Aug.

Der Nürnberger Parteitag.

In der morgigen Versammlung des sozialdemokratischen Vereins nimmt die Karlsruher organisierte Arbeiter-

Pfise für die Arbeitslosen im Winter.

Das hiesige Gewerkschaftskartell beschäftigt sich in den nächsten Tagen in seiner heutigen Sitzung mit der Frage, welche Maßnahmen im nächsten Winter zu treffen...

Feuerschutz und Verstärkung der Wasserrohrstränge.

Am 31. ds. soll den Bürgerausschuß diese Frage be-

schäftigen. Der Stadtrat beantragt, der Bürgerausschuß solle

1. seine Zustimmung dazu geben, daß die Wasserrohrstränge in folgenden Straßen beziehungsweise Straßen-

- 1. Blumenstraße zwischen Ludwigsplatz und Ritterstraße, Kosten 6 780 M.
2. Hebelstraße " " " " " 3 650 M.
3. Friedrichsplatz zwischen Lamm- u. Ritterstr. " 2 500 M.
4. Marktgrafenstr. zwischen Adler- u. Steinstr. " 3 440 M.
5. Schwanenstr. " " " " " 3 470 M.
6. Ständehausstraße " " " " " 2 720 M.
7. Zähringerstraße zwischen Kreuz- und Ritterstraße " " " " " 6 600 M.

Summa 29 160 M.

2. nachträglich die bereits zu gedachtem Zweck gemachte Ausgabe von 3000 M. + 6700 M. = 9700 M. genehmigen für entsprechende Umlegung folgender zwei Straßenstränge:

- 1. Marktgrafenstraße zwischen Kronen- und Adlerstraße,
2. Zähringerstraße zwischen Fasanen- und Kreuzstraße,
3. der Bestreitung der durch diese Arbeiten ersparenden Kosten im Betrage von 1. 29 160 M.
2. 9 700 M.

Summa 38 860 M.

aus dem Erneuerungsfonds zuzutimmen.

Die Begründung lautet wie folgt:

In dem vom Bürgerausschuß in seinen Sitzungen vom 30. Mai bis 1. April 1908 genehmigten Vorschlag der Wasserwerkstasse für 1908 ist bereits vorgesehen, daß die alten Wasser-Millimeter Lichtweite erweitert werden sollen, da die bestehende...

Stadtgarten-Theater. Auf die heutige Benefizvorstellung für Frä. Richter weisen wir nochmals hin. Zur Aufführung kommt die Novität „Walztraum“.

* Musikdirektor Adolf Böttge, welcher seit 36 Jahren die hiesige Grenadierkapelle leitet, feierte vorgestern seinen 60. Geburtstag.

* Entsprungen. Aus dem hiesigen Amtsgefängnis ist am Freitag Nacht in Einbrecher namens Debus, Schlosser aus Köln, entsprungen.

Letzte Post.

Der deutsche Votschaster in Amerika

Fhr. Sped von Sternburg ist in der Nacht zum Montag in Heidelberg, woselbst er sich dem einem Krebsleiden heilen lassen wollte, gestorben.

Die neueste Wendung in Marokko.

Der bisher von den Mächten als rechtmäßiger Sultan von Marokko betrachtete Abdul Afis ist in der Nähe von Marrakesch von seinem Hauptgegner, dem Präsidenten Muley Hafid, vollständig geschlagen worden.

nach Damaskus in Syrien zu gehen und dann, wenn die Umstände es gestatten, nach Marokko zurückzukehren. Nach einer Mitteilung des spanischen Gesandten in Tanger laufen, worauf die „Frankfurter Volksstimme“ hinweist, dort über die Niederlage Abdul Afis drei Versionen um.

Berlin, 24. Aug. Ueber die Stellungnahme der Regierung zu den letzten Vorgängen in Marokko verlautet, daß sie abwarten werde, welche Verträge Frankreich den Unterzeichnern des Vertrages von Algieras machen wird.

Tanger, 25. Aug. Abdul Afis kam am 20. d. M. fast ohne Begleiter bei den französischen Vorkosten an. Alle Europäer, die bei ihm waren, sind entkommen.

(Privattelegramme.)

Zustimmung der Münchener Parteigenossen zur Budgetabstimmung.

München, 25. Aug. In einer gestern abgehaltenen Versammlung referierten die Genossen Schmid und Müller über die Tätigkeit der bayerischen Landtagsfraktion.

In der Diskussion meldeten sich Gegner der Budgetabstimmung nicht zum Wort; man sprach im Gegenteil der Fraktion für die erzielten Erfolge den Dank aus.

Der Mann des Vertrauens.

In Frankfurt a. M. wählte man bei der Generalversammlung der landwirtschaftlichen Genossenschaften F. L. F. Schmidt wieder zum Direktor, obwohl er die Kasse um 30 000 M. geschädigt und wegen Unterschlagung 6 Monate Gefängnis erhalten hat.

Gegen die Polizeimaßnahmen

Der letzten Zeit protestierte gestern Abend eine Riesenversammlung in Magdeburg. Bekanntlich hat die dortige Polizei mehrfach in das Versammlungsleben der Arbeiter hindernd eingegriffen.

Briefkasten der Redaktion.

E. A. Sie fragen an, ob wir auch für die drei Italiener, die sich an der deutsch-französischen Grenze in bestialischer Weise an der Frau eines Zollbeamten vergangen, nicht auf Todesstrafe plaidieren? Wir antworten: Nein! Wir sind mit Ihnen vollständig einig über die Schuldhaftigkeit solcher Taten.

Vereinsanzeiger.

Beierthelm. (Arbeitergesangverein Freiheit.) Am Mittwoch, 26. Aug., findet die Singprobe punkt 9 Uhr statt. Wir ersuchen die Mitglieder um vollzähliges Erscheinen.

Bruchsal. Sonntag Ausflug nach Unterwiesheim zum Gartenfest der Radfahrer. Hierzu sind die Mitglieder der Partei, Gewerkschaften, sowie des Gesangvereins eingeladen. 8829,2

ite 4.
sleute, sich
h durch die
n von aus-
en können,
er, daß die
m kümmern
afen. Aber
e mehr be-
st kommen,
st Anspruch
vom Stadt-
h gerade in
gelegentlich
ügen, wenn
Steinhauer,
die Stadter-
höchste Aus-
den Armen.
brach in der
s, welches
as Anwesen
orber einge-
en Element
hätten wir
ein gemal-
nere Stadt
Das Feuer
eder gelöst
d in großer
gut nachge-
ragen das
schen D und
hatte der
eiffer Wogler
dem Retro-
die hintere
irtuslampe.
liter, explon-
nen fliegen-
annt werden
as gefährlich-
im Fach ist
trageber ge-
Arbeiter, die
g wurde der
das Amis.
em Fuhr-
der 26 Jahre
be an 11.
abbeanhalten
er sich immer
nur wenige
eine Ball-
ndigen Frem-
nietem Geste
ichtig auf den
gestohlenen
Ringe. Es ist
hre alter Br-
ank im Frick-
r, von seiner
ufen.
lgän berichtet
tliche Chemier
aufgefunden.
ist dann über
son
bnis abgelief-
Briesbach nach
Walde aufge-
übung der Zai-
trahut, dessen
ann entleert.
.
hiesigen Mitt-
strierer Ludwig
rats Fint auf
der Lombard-
en den Wärd-
führen. Auf-
en 24 Jahre an
sich gerade in
Privatbesitz
hiefen in So-
die Misch-
ektiv die Be-
es Auswech-
en Konfession-
den zu können.
nn sich zuein-
t. Der Wärd-
ger akademisch
ng ein festes
oald, in Selb-
ber.

Soziald. Verein Karlsruhe

Mittwoch den 26. August, abends halb 9 Uhr, in der
Restauration Mährlein, Kaiserstraße 13

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:
1. Stellungnahme zum Parteitag in Nürnberg. Referent: A. Weismann.
2. Delegiertenwahl zu der am Sonntag den 30. August in Blauenloch stattfindenden Wahlkreis-Konferenz.
Einem zahlreichen Besuche dieser Versammlung sieht entgegen
3822 Der Vorstand.

Zentral-Verband Deutscher Brauereiarbeiter Verwaltungsstelle Karlsruhe.

Einladung.

Zu den am Donnerstag, den 27. August, abends 8 Uhr, im Restaurant Mährlein in Karlsruhe, und Freitag, den 28. August, abends 8 Uhr, im Rappen in Raßatt stattfindenden

Großen öffentlichen Brauereiarbeiterversammlungen.

Tagesordnung:
1. Die Wirkung der wirtschaftlichen Krisis auf das Brauergewerbe und die Folgen für die Brauereiarbeiter.
2. Diskussion.
Referent: Hauptvorstand Kollege Ebel-Hannover.
Zu diesen Versammlungen sind sämtliche in den Brauereien und Mälzereien Beschäftigten und Bediensteten auf das freundlichste eingeladen. Es wird vollständige Redefreiheit gewährleistet. Die wirtschaftliche Krisis, die auf allen Zweigen der Industrie und des Gewerbes sich bemerkbar macht, hat auch das Brauergewerbe ergriffen, deshalb soll kein Brauereiarbeiter in diesen wichtigen Versammlungen fehlen.
8820 Einem zahlreichen Besuche erwartet
Der Vorstand.

Badischer Arbeiter-Sängerbund.

Am Sonntag, den 20. September d. J., findet in
Ettlingen die

17. ordentl. Generalversammlung

des badischen Arbeiter-Sängerbundes statt.
Wir laden die verehrl. Bundesvereine zur Beteiligung ein und verweisen betr. Delegiertenwahl auf § 5 des Bundesstatuts.
Die Mandatskarten werden den Vereinen mit dem Geschäftsbericht zugefandt.
Anfang der Versammlung vormittags halb 10 Uhr.
3823 Der Bundesvorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband Zahlstelle Karlsruhe.

Todesanzeige.

Wir setzen unsere Mitglieder in Kenntnis daß uns unser Kollege
Georg Falk, Schreiner
nach längerem Leiden durch den Tod entrisen wurde.
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 25. August, abends 1/2 6 Uhr, von der Friedhofskapelle aus statt.
Wir bitten um zahlreiche Beteiligung.
Die Ortsverwaltung.
3825

Achtung

Um das grosse Weinlager im Zollamt für neue Sendungen zu räumen, offeriere von
Montag d. 24. bis incl. Samstag d. 29.
Prima Rotwein
von 45 Pfg. p. Liter an, sowie
Blutwein (alter Portwein)
per Flasche 90 Pf.
garantiert Naturtraubenweine
Spanische Weinhandlung
Magin Mayner & Co.
Schillerstr. 23 Durlacherstr. 38
Lessingstr. 29 Rüppurrerstr. 14
Rheinstr. 45 Durlach: Hauptstr. 32
Bruchsal, Pforzheim und Baden.



Schuhwaren

zu
hervorragend billigen
Preisen!

Art. 7163. **Echt Boxcalf-Herren-Hakenstiefel**, Good-year Welt, Derbyschnitt, vorzügliche Passform, per Paar Mk. **9.50**
Art. 711. Hochelegante, schwere **echt Chevreaux-Herren-Hakenstiefel**, Goodyear Welt, Derby, Mode 1908 per Paar Mk. **10.50**

Grosse Posten Herren- u. Damen-Schuhwaren,
in echt Chevreaux- und echt Boxcalf-Leder, darunter Fabrikate
S. Wolf, Mainz
Garantiert Goodyear Welt, statt Mk. 16.— bis Mk. 20.—
jetzt Einheitspreis per Paar Mk. **12.50.**

Art. 6562. **Echt schwere Chevreaux-Damen-Oesenstiefel**, Derbyschnitt, Cuba-Absatz, Goodyear Welt, Lackkappen, per Paar Mk. **9.50**
Art. 6445. Hochelegante **echt Chevreaux-Damen-Schnürstiefel**, Goodyear Welt, erstklassiges Fabrikat, per Paar Mk. **11.50**

E. Korintenberg, Karlsruhe

118 Kaiserstrasse 118.

Von der Reise zurück!

Adolf Heinsheimer,

prakt. Zahnarzt 3828
Kaiserstr. 189. Tel. 2254.

Nur Waldstrasse 14.

1. Karlsruhar Partiewarenhalle

Waldstr. 14.

Großer Partie-Einkauf

in feinsten Damensstiefel
Boxcalf-Chevreaux à Paar 5.90 Mark.
Ferner Herren- u. Kinderstiefel, Schuhe etc.
staunend billig.
Herren-Socken, Damen-Strümpfe
billig bis hochfein, nur gute Qualität.
Bei Einkauf von mindestens Mk. 5 erhält jeder Kunde ein Geschenk im Ladenwert von Mk. 2.
3826

Nur Waldstrasse 14.

Moderne 3 Zimmer-Wohnung

in schöner Lage der Oststadt gelegen, ist zu vermieten. Interessenten wollen sich nach Mainenstraße 1a part. bemühen.

Standesbuchauszüge der Stadt Durlach.

Geburten vom 11. bis 20. August: Otto Oskar, B. Gustav Daniel Sutter, Stadtagelöhner. Fritz Johann, B. Valentin Franz, Maschinenformer. Waldemar Reinhold Hans, B. Arthur Emil August Steud, Wigewachmeister. Wilhelm Georg, B. Wilhelm Christian Diez, Monteur. Karl Oskar, B. Karl Schilling, Schlosser. Friedrich Hermann, B. August Dentenhof, Fabrikarbeiter. Johanna Luise, B. Ludwig Eduard Karl Christian Bull, Former. Friede Ottilie Charlotte, B. Fridolin Fren, Magaziniere. Hilda Luise, B. Karl Friedrich Widmann, Schneidermeister.
Eheschließung vom 20. August: Bruno Friedrich Wilhelm Odet, Sergeant von Soldin (Preußen) und Emma Katharine Zite, ohne Beruf von Ettlingen.
Sterbefälle vom 15. bis 19. August: Sädler und Wandagist Ernst Philipp Friedrich Kahler, Chemann, 88 1/2 Jahr alt. Auguste Engel geborene Ahe, Ehefrau, 69 1/2 Jahr alt. Steuerbeamter a. D. Wilhelm Wendling, Chemann, 78 Jahr alt. Oskar Emil, B. Christian Schmidt, Marmorhildmeister, 5 Monat alt.

Gewerkschafts-Karteil Karlsruhe.

Dienstag, den 25. August, abends halb 9 Uhr, im Mährlein'schen Saal, Kaiserstraße 13.

Vertreter-Versammlung

Tagesordnung:
1. Innere Angelegenheit,
2. Jugendorganisation,
3. Stellungnahme zu den Differenzen bei der Firma Rod & Co.
4. Abfuhrabensfuß i. Handelsbetriebe,
5. Beratung der zur Wahrung der Arbeitslosigkeit erforderlichen Schritte.
In Anbetracht der sehr wichtigen Tagesordnung wird erwartet, daß alle Organisationen vertreten sind.
Die Kommission.

Stadtgarten-Theater Karlsruhe.

Dienstag, 25. August 1908
Benefiz-Vorstellung für Kränke
Auguste Richter.
Zum 15. Male.

Ein Walzertraum

Operette in 3 Akten von Felix Dörmann u. Leopold Jacobson.
Musik von Oskar Strauß.
Anfang 8 Uhr.
Wer liefert 20-30 Zentner

Heu

und zu welchem Preis?
Offerten an F. Döfler,
Werberstraße 31.

Suchende Vertretungen in
ohne Bef. fast. übernimmt
A. Seybler, Billingsg. 4.
Waldstraße 4.

Ein gut
erhaltener Kinderwagen
ist billig zu verkaufen.
Durlach, Pfingstr. 42, 2. Et.

Durlach,
Mollstr. 6, 4. L. feines
möbliertes Zimmer mit
1 oder 2 Betten sofort oder später
billig zu vermieten.

Gesucht ein leeres oder möb-
liertes Zimmer sehr gut erhalt.
Straße von 7 Jahren in best.
gegeben werden kann. Offerten
unt. 3831 an die Exped. d. Bl.

Sportwagen, elegant, in
geliefert, für nur 12 Mk. zu
verkaufen.
Leßingstr. 33, Hof, part.

Liegewagen mit Summier-
uhr sehr gut erhalten.
für 10 Mk. zu verkaufen.
Leßingstr. 33, Hof, part.

Verkaufe verschiedene Koffer-
tauben, engl. Kröpfer in
gelb, schwarz und gebändert
gezeichnet, Dragon-Formen,
farbige Luftpumpen sehr billig
abzugeben Grenzstr. 10, 3. Et.

Wäsche wird zum Waschen
angenommen
Markgrafenstr. 40, 2. Et. 3. L.

Ein gut
erhaltener Kinderwagen
zum Liegen und sitzen ist
zu verkaufen.
Scherrstr. 18, Stb. 1. Et.

Ein gebraucht., gut erhaltenes
Washkommod ist billig
zu verkaufen.
Leßingstr. 78, 5. Et. 1. L.

Wiederstr. 96, 5. Et. 1. L.
ein möbl. Zimmer zu ver-
kaufen.

Kinderbettstelle für 4
zu verkaufen.
Zähringerstr. 20.

Kleidermacherin
nimmt noch Kundenschaft an.
Werberplatz 34, 4. Et.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Geburten vom 17.-22. Aug.: Elisabeth Rosa Walpurgis, B. Josef Ries, Lokomotivheizer. Verthold, B. Peter Hermann, Tagelöhner. Eugen Konrad Andreas, B. Eugen Bruch, Versicherungsbearbeiter. Erich August, B. Jakob Wagner, Mann. Karl Verthold, B. Verthold Robert, Bahnarbeiter. Irngard Maria, B. Albin Köppler, Glaser. Wilhelm Heinrich, B. Adam Hammer, Kanzleigehilfe. Walter Karl, B. Heinrich Wächter, Badermeister. Karl Friedrich, B. Karl Klump, Bierbrauer. Franz Paul, B. Ludwig Vertsch, Engenieuer. Arthur, B. Nikolaus Hertel, Windschläg, Sergeant hier, mit Katharina Schimder von W. Hans Friebe von Breslau, Oberleutnant in Charlott., B. Hilda Forst von hier, Julius Goffin von Linden, Maschinen-Ingenieur hier, mit Theodora Kerlinger von Offenburg. Wilhelm Jöllner von Guben, Kaufmann hier, mit Maria Verthold von Rosbach. Alois Rottenburger von Bruchsal, Vertriebsbeamter hier, mit Karolina Haun von Braunsbach. Groß von Hochstetten, Schreiner hier, mit Karoline Lauf. Wilhelm Friedrich von Rosbach, Tücher hier, mit Dettmer Witwe von Heidelberg, Friedrich Joachim von Diplomb-Ingenieur hier, mit Frieda Wemmer von hier. Böhlinger von Delbronn, Hausdiener hier, mit Lina Merkel von Ottenau. Karl Kreis von hier, Schlosser hier, mit Mett von Menningen.



Abgabe
75 Pfg. v
abgeholt.
2.10, d

erdr

Der

Schnell

fruch der

frühs erfol

ung noch

der legiti

Rebellen"

aus einem

schließlich

naften La

und Jez,

nach Rang

proklamier

früh der S

Schandten

Neutralität

zu verfre

And an

einer offiz

im heutige

nach Erhal

unter fran

zischen Z

lungen zur

habe. Die

Autorität

erklärt", d

gnädig un

Sofid jedoc

reich und

schließlich

angenen

Kosten der

der Entsch

die franzö

Sonst h

Schulden B

kosten 300

die Verpf

Polizei un

tionen Ein

für eine g

nennt man

Der ne

Mu la

von Maroff

heigen rech

Allegrias-M

hier jeder

Gerechtf

um über die

den Brüder

Spezier ein

stefem Reig

Sofid, von

In Fein

ihre abente

Deutschlan

dehpresse v

schwer auf

Sofid in ein

man kann n

erst recht n

Gefährliche

belastet, wie

Deutschlan

General G

gehängt wur

dem er ein

hätte, in die

es hier, d

rade noch h

jungtürkisch

dul A is

trauen zu

Thones be

Die off

recht unter

ihelt über

als ob der

Feldherr de

aber, als die

lofen Franz

schneften